



1. Die Zukunft der Europäischen Union
2. Soziales Europa
3. Europa und die Globalisierung
4. Europäische Klima- und Energiepolitik
5. Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in Europa und in Österreich



1. Die Zukunft der Europäischen Union – eine Richtungsentscheidung

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 geht es um eine Richtungsentscheidung. Da gibt es jene, die den freien und ungezügelden Markt hoch halten, mit der Europäischen Union in ihrer derzeitigen, konservativ dominierten Form vorbehaltlos einverstanden sind und möglichst wenig Einfluss der Bürgerinnen und Bürger wollen. Andere wiederum lehnen die EU grundsätzlich ab und hätten gern den Rückzug in die nationale Abschottung.

Beides ist aus Sicht der österreichischen Sozialdemokratie falsch. Wir wollen, dass die Europäische Union ihre Macht und ihre Möglichkeiten darauf verwendet, Lösungen für die dringlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bieten und den Bürgerinnen und Bürgern auf unserem Kontinent und besonders in Österreich zu nützen. Dazu muss es einen Politikwechsel in der EU geben. Sie muss sozialer und bürgernäher werden.

Die österreichische Bundesregierung hat unter sozialdemokratischer Führung rasch auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert und umfassende Maßnahmen gesetzt: Wir haben eine Steuerreform beschlossen, die die Menschen stark entlastet und ihnen mehr Kaufkraft gibt. Wir haben mit großen Investitionen wichtige Impulse für eine bessere Konjunktur gesetzt. Wir setzen alles daran, Arbeitsplätze zu sichern und die



Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Ersparnisse und der Zugang zu Krediten gesichert sind.

Auf diesen Kurs muss sich auch die Europäische Union begeben. Dafür kämpft die österreichische Sozialdemokratie. Europa darf nicht länger das Europa der Konservativen sein, die den Markt über den Menschen stellen und die Maximierung von Gewinnen als Leitgrundsatz für die Gesellschaft verstehen. Unser Europa ist ein Europa der Menschen in den 27 Mitgliedsländern.

Sicher: Die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt unseres Kontinents und die Mitgliedschaft Österreichs hat sich als wertvoller und positiver Faktor für die Entwicklung unseres Landes bewährt. Viele unser Land betreffende Probleme können nur auf europäischer oder internationaler Ebene gelöst werden.

Das Vertrauen in die EU hängt aber davon ab, ob sie sich endlich der tatsächlichen Anliegen und Probleme der Menschen – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – annimmt.

Die Interessen der Menschen, die von ihrer Arbeit leben müssen, haben im Zentrum des europäischen Handelns zu stehen. Dafür setzt sich die SPÖ bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ein. Wir wollen Europa dort stärken, wo es unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Verbesserungen, Chancen und Schutz bietet!

Der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU in Österreich kann aber nur durch



intensivere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Politik begegnet werden. Dies beginnt im Schulunterricht und setzt sich in verstärkter Information sowie in der kontinuierlichen offenen und engagierten politischen Diskussion mit den Österreicherinnen und Österreichern fort.

Auf dieser Basis brauchen wir auch mehr Möglichkeiten echter und direkter Mitbestimmung – mit vielfältigen Instrumenten wie Volksbefragungen oder Volksbegehren. Aus diesem Grund spricht sich die SPÖ insbesondere dafür aus, künftige Änderungen des europäischen Vertragswerks, die grundlegende Interessen Österreichs berühren, einer nationalen Volksabstimmung zu unterziehen. Gleiches gilt für den Beitritt der Türkei, der die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kapazitäten und Strukturen der EU zu überfordern droht, ganz abgesehen von allen offenen Fragen hinsichtlich der Menschenrechtssituation.

Die SPÖ tritt für ein friedliches, demokratisches, soziales und bürgernahes Europa ein, in dem Österreich seine Interessen konsequent vertritt. Eine solche Europäische Union kann das Vertrauen und die Zustimmung der Europäerinnen und Europäer im Allgemeinen und der Österreicherinnen und Österreicher im Besonderen zurückgewinnen.



2. Soziales Europa

In Europa hatten lange Zeit Wettbewerb und Liberalisierung Vorrang vor politischer Marktgestaltung und sozialen Zielen. Die derzeitige tiefe globale Wirtschaftskrise zeigt uns aber mehr als deutlich, welchen Schaden das Versagen unregelter Märkte anrichten kann.

Der Casino-Kapitalismus ist zusammengebrochen. Die Zeit der Deregulierungen und des ungebremsten Ausverkaufs öffentlichen Eigentums sollte nun ebenso vorbei sein wie die Zeit der Privatisierung der Gewinne bei gleichzeitiger Sozialisierung der Verluste. Nach dem Ende der Krise darf nicht genau jenes System, das in die Krise geführt hat, mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise wieder aufgebaut werden, sondern es muss zu grundlegenden Verbesserungen kommen.

Wir kämpfen in Österreich gegen die herrschende Krise, indem wir Arbeitsplätze sichern, die Konjunktur ankurbeln und eine Steuerentlastung umsetzen, die vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Familien kräftig entlastet. In gleicher Weise kämpfen wir für ein neues und anderes Europa, das langfristig Wachstum, Beschäftigung und Innovation fördert.

„Soziales Europa“ darf in einem Europa, so wie wir es wollen, keine leere Worthülse bleiben. Ein neues soziales Europa ist ein Europa, in dem nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

Der Kampf gegen die gegenwärtige Krise



wird zur Nagelprobe für die Europäische Union. Die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren, dass ihnen die EU in dieser schwierigen Zeit hilft und Vorteile bringt, sonst werden sie sich weiter von Europa abwenden.

Deshalb fordern wir einen starken europäischen Impuls für Wachstum und Beschäftigung zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen.

Wir stehen vor der Wahl zwischen einer sozialdemokratischen Europäischen Union, in der die Mitgliedsstaaten im Interesse aller Menschen zusammenarbeiten, und einer konservativen EU, die die Zukunft unserer Länder und der Menschen dem Markt überlässt.



Alle europäischen Programme sollen daraufhin überprüft werden, wie sie jetzt kurzfristig Beschäftigung sichern und fördern können. Vor allem auch in Österreich sollen europäisch geförderte Investitionsprojekte – etwa wichtige überregionale Vorhaben im Bereich Verkehr – vorgezogen und möglichst rasch umgesetzt werden. Der Europäische Sozialfonds soll für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und zur (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt intensiv genutzt werden. Dazu muss genügend Geld vorhanden sein, und es muss auch für die Zwecke verwendet werden, für die es gedacht ist.



Wir brauchen eine weitere Steigerung der nationalen und europäischen Investitionen



in Forschung, Entwicklung und Innovation, weil sie für wirtschaftlichen Erfolg und internationale Wettbewerbsfähigkeit notwendig sind. So soll auch das künftige EU-Budget aussehen, das stärker auf die Zukunftsfragen sowie auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein muss.



Es müssen die Wirtschafts-, Lohn-, Finanz- und Geldpolitik auf europäischer Ebene besser koordiniert und einem klaren Ziel untergeordnet werden: dem Wohl aller Menschen in Europa. Wachstum und Beschäftigung müssen auch für die Europäische Zentralbank die wichtigsten Ziele neben der Preisstabilität werden. Die Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank soll rasch ausgeweitet werden, um den Unternehmen in der Krise zu helfen und Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir kämpfen für ein gerechteres Steuersystem – auch in Europa. Steuerdumping und Steueroasen dürfen in Europa keinen Platz mehr haben. Ohne faire Spielregeln kann ein Markt nicht funktionieren, das gilt auch für den europäischen Binnenmarkt. Steuerdumping führt zu unfairem Wettbewerb und zum Aushöhlen der Sozialsysteme, des Bildungswesens und aller anderen öffentlichen Leistungen, also letztlich zu geringerem Wohlstand. Deshalb brauchen wir in Europa eine schrittweise Harmonisierung der Besteuerung, zum Beispiel über verbindliche Mindeststeuersätze.





Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist in Österreich eines der wichtigsten Ziele unserer Politik. Wir haben zahlreiche Maßnahmen gesetzt, dabei auch beachtliche Erfolge erzielt, und werden diesen Kurs auch in der Zukunft fortsetzen. Jetzt muss ganz Europa verstärkt in Bildung und berufliche Weiterbildung investieren.



Wir wollen den sozialen Dialog, der in Österreich so erfolgreich für politische Stabilität und Wohlstand sorgt, auch auf europäischer Ebene durchsetzen und stärken. Deshalb kämpfen wir Seite an Seite mit der Gewerkschaft für mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen sowie für die Stärkung der europäischen Betriebsräte.

Wir stehen für den nachhaltigen Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – in Österreich und in Europa. Deshalb setzen wir uns für wirksame Maßnahmen ein, die Lohn- und Sozialdumping verhindern.

Aus dem gleichen Grund fordern wir verbesserte europäische (Mindest-) Standards im Arbeits- und Gesundheitsschutz und wollen den arbeitsrechtlichen Schutz auch bei untypischen Arbeitsverhältnissen und bei Praktika verbessern. Es geht uns nicht nur um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, wir wollen auch, dass jeder und jede vom erarbeiteten Einkommen gut leben kann und gute Arbeitsbedingungen hat, die auch konsequent kontrolliert werden.

Ein genauso wichtiges Ziel ist die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. Einkommensgerechtigkeit muss ebenso wie Arbeitsbedingungen, die Beruf und Familie vereinbaren lassen, europaweit verwirklicht werden. Besonders wichtig ist uns dabei, dass mehr und bessere Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden.



Der Binnenmarkt darf nicht missbraucht werden: Es kann nicht sein, dass unsere Löhne und unsere sozialen Regelungen unterlaufen werden und dadurch unter Druck kommen! Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die etwa von ausländischen Unternehmen in Österreich eingesetzt werden, sollen deshalb grundsätzlich die gleichen Arbeitsbedingungen wie für österreichische Arbeitskräfte gelten.



Soziale Grundrechte, Menschenrechte und ökologische Kriterien müssen Vorrang vor den Freiheiten des Binnenmarkts haben. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Prinzip auch für die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes gelten soll, damit in Österreich geltende Rechte, beispielsweise zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, nicht ausgehebelt werden können.



Wir wollen die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten voll ausschöpfen, um die arbeitenden Menschen in Österreich zu schützen.





Wir wollen die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wie etwa den öffentlichen Verkehr, sichern und verbessern. Sie müssen den Menschen zu vertretbaren Kosten und überall angeboten werden. Deshalb wollen wir auch in Österreich selbst entscheiden, welche Dienstleistungen wie erbracht werden sollen, weil uns die funktionierende Versorgung der Menschen wichtiger ist als die Prinzipien des Binnenmarkts.



Alle Generationen haben ein Recht auf Chancen, an der Gesellschaft teilzuhaben, und auf Schutz vor Risiken wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Krankheit. Dafür hat die österreichische Sozialdemokratie in unserem Land erfolgreich gekämpft und ein umfassendes System sozialer Sicherung aufgebaut.

Jetzt muss sich auch die europäische Politik dieser Herausforderung stellen: Von der Förderung von Bildungsangeboten schon für die Jüngsten über eine hochwertige und für alle leistbare Gesundheitsversorgung bis zu Bedingungen, die ein Altern in Würde erlauben – hier ist das Engagement der Europäischen Union gefordert. Soziale Leistungen dürfen nicht privatisiert und Marktschwankungen oder Spekulationen unterworfen werden.

Gerade die Bekämpfung der Armut, die oft Frauen, Kinder oder ältere Menschen besonders bedroht, muss in Europa verstärkt werden.



Wir setzen uns für die Stärkung der solidarischen Altersvorsorge ein, die den Lebensstandard im Alter und die Kaufkraft der Pensionen sichert sowie Altersarmut verhindert. Stabile Sozialversicherungssysteme, aktive Arbeitsmarktpolitik, die auch die Beschäftigungschancen älterer Menschen erhöht, sowie qualitativ hochwertige und leistbare medizinische Versorgung und Pflege sind Voraussetzung für echte Generationensolidarität.

Deshalb fordern wir eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Ziel der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit mit einem abgesicherten Pensionssystem konsequent verfolgt.



3. Europa und die Globalisierung

Unser Ziel ist es, die EU zu einem Instrument für die positive Gestaltung der Globalisierung zu machen. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise geht es dabei vor allem um die Entwicklung einer neuen europäischen und internationalen Finanzarchitektur.

Extreme Profitstrategien haben dazu geführt, dass sich die Finanzwirtschaft von den realen wirtschaftlichen Prozessen zu weit abgekoppelt hat. Finanzmärkte müssen aber den Menschen dienen und sind kein Wert an sich. Wir brauchen einen verbesserten und vereinheitlichten Ordnungsrahmen in Europa. Gleichzeitig muss Europa mit seinem Gewicht für entsprechende weltweite Regelwerke kämpfen, um solche Krisen in Zukunft zu verhindern.

Die Banken und die Finanzmärkte müssen wieder ihre ursprünglichen Aufgaben erfüllen. Das sind das verantwortungsvolle Bewahren von Ersparnissen und die Kreditvergabe an die Investoren der Realwirtschaft.

Wir setzen uns für wirksame Kontrollinstanzen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Die Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden muss weiterentwickelt werden, und die internationalen Finanzinstitutionen sollen ein Frühwarnsystem und politische Handlungsempfehlungen für stabile Finanzmärkte entwickeln.

Transparente Rating-Agenturen sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

sind wesentliche Elemente eines solchen neuen Ordnungsrahmens.



Auch die Bezüge von Vorständen, Managerinnen und Managern sollen neuen Regeln und Grenzen unterworfen werden und sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren.



Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung mit fairen Chancen und Regeln soll von der EU vorangetrieben werden. Dazu gehört die Stärkung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen, wobei die Verteilung der Stimmrechte auch die Interessen der Entwicklungsländer widerspiegeln sollen.

Partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung, die Gewährleistung fairer Chancen auf den Weltmärkten, aber auch die Durchsetzung von Menschenrechten sowie sozialen und ökologischen Rechten, die Förderung von funktionierenden demokratischen Strukturen und aktiver Zivilgesellschaft machen die Welt nicht nur gerechter, sondern auch sicherer.

Zur sozialen Gestaltung der Globalisierung durch die EU gehört auch die Durchsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen. Wir wollen keinen ruinösen Wettbewerb zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir uns daher für die verbindliche Verankerung von Kernarbeitsnormen in internationalen Handelsverträgen der EU ein. Dazu gehören das Recht, freie Gewerkschaften zu gründen, Kollektivverträge zu verhandeln, das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse und Religion.



Die Bürgerinnen und Bürger haben ein großes Bedürfnis nach mehr Sicherheit – gerade in Zeiten offener Grenzen. Deshalb setzen wir uns im Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität sowie Menschen- und Drogenhandel für eine bessere Zusammenarbeit der Behörden ein und wollen Europol in seinen Befugnissen stärken. Beim Datenaustausch muss das Grundrecht auf Datenschutz eingehalten werden, den unkontrollierten Zugriff auf alle verfügbaren Daten lehnen wir ab.



In einem modernen Europa muss ein gemeinsames europäisches Asylsystem vorangetrieben werden. Denn eine faire Verteilung der Asylberechtigten auf alle Mitgliedsstaaten würde Österreich entlasten, da wir derzeit im Spitzenfeld der Mitgliedsstaaten stehen, was die Aufnahme von Asylberechtigten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl betrifft.

Die Zuwanderung nach Österreich und der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt soll auch in Zukunft national geregelt



werden. Eine aktive und faire Integrationspolitik ist Garant für ein friedliches Miteinander. Illegale Zuwanderung wollen wir konsequent bekämpfen.



Aktive Neutralitätspolitik, wie sie Österreich seit Bruno Kreisky vertritt, ist und bleibt der zentrale Grundpfeiler unserer Außenpolitik. Davon ausgehend wollen wir Europa als globale Friedensmacht weiter stärken. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik beruht neben den militärischen Ressourcen vor allem auch auf zivilen Instrumenten der Krisenprävention und Friedensstabilisierung. Hier leistet Österreich als neutrales Land wertvolle Beiträge im Rahmen europäischer Außenpolitik. Österreich muss dabei autonom über die Entsendung von Soldatinnen und Soldaten oder zivilen Kräften in Krisengebiete entscheiden können.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind Teil einer neuen Entspannungspolitik, für die wir uns besonders einsetzen. Unser langfristiges Ziel ist eine europäische Friedensordnung, die nicht auf Militärbündnissen beruht.

4. Europäische Klima- und Energiepolitik

Wir wollen die Energieversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger sichern. Mehr und mehr gewinnt nämlich die soziale Dimension dieses Themas an Bedeutung. Der globale Anstieg der Nachfrage führt zu hohen Preisen, außerdem wächst in Europa die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Hohe Energiepreise treffen gerade ärmere Bevölkerungsschichten besonders hart. Sozialdemokratische Energiepolitik muss dafür sorgen, dass Energie für alle leistbar bleibt und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Es ist daher entscheidend, dass Europa eine gemeinsame Energieaußenpolitik mit den größten Versorger-, Verbraucher- und Transitländern einschließlich Russland entwickelt und auch hier die Menschenrechte sowie soziale und ökologische Rechte im Blick hat. Zwischen den Energie importierenden Ländern müssen wir einen Wettbewerb um Energielieferungen mit negativen Folgen vermeiden.

Eines muss aus Sicht der SPÖ auch für die EU-Ebene festgehalten werden: Energie aus Atomkraftwerken ist keine Zukunftsenergie. Das hohe Risiko und die ungelöste Frage der Atommülllagerung stellen nach wie vor eine Gefahr für die Bevölkerung dar. Deshalb treten wir weiterhin aktiv für ein kernkraft-freies Europa ein.

Energie- und Umweltpolitik müssen eine Einheit bilden. Wir setzen auf die Steige-



rung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien. Innovative Umwelttechnologien sollen verstärkt gefördert und verbreitet werden. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind gezielte Konjunkturimpulse in diese Richtung sinnvoll, um auch hier Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.



Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die nur weltumspannend solidarisch bewältigt werden kann: mit gemeinsamen Anstrengungen bei der Reduktion der Treibhausgase, bei Anpassungsmaßnahmen an die Klimaerwärmung und durch Technologietransfer.

Europa muss geschlossen in den internationalen Klimaverhandlungen auftreten und auf neue und weit reichende Ziele für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls drängen. Auch in der aktuellen Wirtschaftskrise müssen ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz Schwerpunkte europäischer Politik sein.

Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage heutiger und künftiger Generationen. In vielen Fällen genügen nationalstaatliche Regelungen nicht, um die Natur und die Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu schützen.

Wir wollen effektiven Schutz für Luft, Wasser und Boden mit klaren Haftungen und ohne Abwälzung von Kosten für Umweltschäden, die durch das Ausbeuten der Umwelt entstanden sind, auf die Allgemeinheit. Insbesondere der Zugang zu den wichtigen



Wasserreserven muss für die Allgemeinheit gewährleistet sein. Wir wollen die österreichischen Wasserreserven vor internationaler Ausbeutung schützen!

Im Rahmen des Tierschutzes müssen die Regelungen für den Tiertransport und die Schutzbestimmungen bei Tierversuchen weiter verbessert werden.



Der Verkehr ist ein Hauptverursacher der Umweltbelastung. Wir befürworten Maßnahmen wie die deutliche Reduktion des höchstzulässigen Schadstoff-Ausstoßes bei europäischen Neuwagen oder den gezielten Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs. Der Ausbau von Schienenverkehr und öffentlichem Nahverkehr über die nationalen Grenzen hinaus kann vielen österreichischen Regionen einen wirtschaftlichen Schub geben, aber auch die regionale Lebensqualität erhöhen.

Im Interesse der Umwelt und der transitgeplagten österreichischen Bevölkerung wollen wir alle Maßnahmen unterstützen, die eine deutliche Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene bewirken. Dazu muss auf unseren Straßen Kostenwahrheit im Güterverkehr herrschen: Es muss möglich sein, sämtliche Folgekosten des LKW-Verkehrs an die Verursacher zu verrechnen.

5. Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in Europa und in Österreich

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundprinzip sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik. Wie in unserem Land setzen wir uns auch in Europa für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleich(wertig)e Arbeit“ ein. Geschlechtergerechtigkeit muss in allen Politikbereichen umgesetzt werden.

Darüber hinaus fordern wir die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in den Institutionen und Gremien der EU sowie europäische Vorgaben hinsichtlich der Gleichstellung beider Geschlechter in Führungsgremien der privaten Wirtschaft.



Jeder Form der Diskriminierung, sei es aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder des Alters, muss die EU im Sinne der Chancengleichheit entschieden entgegenzutreten.

Wir bekennen uns zu einem weltoffenen Europa der kulturellen Vielfalt und stellen uns strikt gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.



Wir wollen die Grund- und Bürgerrechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger weiter stärken und setzen uns daher für die



Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta einschließlich der sozialen Grundrechte ein.

Dem Schutz der Privatsphäre kommt angesichts neuer Technologien, Überwachung, Datenmissbrauch und illegalen Datenhandels besondere Bedeutung zu. Wir treten daher für wirksame Datenschutzbestimmungen als Teil umfassender Bürgerrechte ein, um die Privatsphäre und Freiheit europäischer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.



Europäische Bürgerschaft muss konkret erfahrbar sein, dazu gehören nicht nur politische Mitwirkungsrechte, sondern auch intensivere Austauschprogramme für junge Menschen, besonders auch für junge Frauen – und zwar sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Lehrlinge, Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende.



Wir wollen auch den kulturellen Austausch in Europa fördern, wobei wir besonders junge Künstlerinnen und Künstler unterstützen und europaweit die Zugangsmöglichkeiten zur zeitgenössischen Kunst verbessern wollen.



Macht braucht Kontrolle. Deshalb befürworten wir den Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments hin zu einer vollwertigen gesetzgebenden Vertretung der Bürgerinnen und Bürger sowie die verstärkte Kooperation mit den nationalen Parlamenten.

Und es muss gewährleistet sein, dass mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger

transparent, effektiv und sparsam umgegangen wird: Korruption und jeglichen sonstigen Missbrauch von EU-Geldern wollen wir konsequent bekämpfen. Dazu brauchen wir auch strengere Kontrollrechte des Europäischen Parlaments.



Wir wollen die Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten stärken. Lebensmittelsicherheit und Produktsicherheit sind in einem gemeinsamen Europa von besonderer Bedeutung, wobei diese Sicherheit auch durch entsprechende Kontrollen an den Außengrenzen der EU abgesichert werden muss. Hohe Qualitätsstandards, Transparenz, klare und verständliche Verbraucherinformation und Produktkennzeichnung sind Voraussetzung für einen effektiven Konsumentenschutz, um Konsumentenrechte auch durchsetzen zu können. Um Probleme grenzüberschreitend zu lösen, bedarf es nicht zuletzt einer verstärkten Zusammenarbeit der Konsumentenschutzbehörden in den EU-Mitgliedsstaaten. Jede europaweite Harmonisierung des Konsumentenrechts darf aber keine Verschlechterung bewährter und weitergehender österreichischer Regelungen bedeuten.

Wir wollen keine Freisetzung genmanipulierter Pflanzen und keinen Einsatz von Gentechnik in der österreichischen Landwirtschaft. Daher sollen die bestehenden Importverbote aufrecht bleiben. Die Entscheidung darüber, ob gentechnisch manipuliertes Saatgut angebaut oder Organismen freigesetzt werden, muss nationales österreichisches Recht sein und darf nicht von der EU bestimmt werden.

Und wir treten für lückenlose Haftungsbestimmungen für ökologische, ökonomische



und gesundheitliche Schäden durch Gentechnik ein. Die entsprechende Kennzeichnung von Lebensmitteln muss weiter verbessert werden und wir wollen für eine konsequente Überprüfung und Kontrolle zum Schutz unserer Bevölkerung sorgen.



Generell stehen wir für das Prinzip der Subsidiarität: Entscheidungen, die nur die Menschen in Österreich, in ihrem Bundesland oder in ihrer Gemeinde betreffen, sollen auch dort getroffen werden. Das garantiert – wenn es etwa um Umfang und Qualität öffentlicher Dienstleistungen geht – Bürgernähe und ist auch eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der Europäischen Union.

Ein funktionierendes demokratisches und soziales Europa braucht eine Balance zwischen starken Gemeinden, Städten, Regionen und Ländern auf der einen Seite und einer Union, die sich auf jene Aufgaben konzentriert, die von einzelnen Staaten nicht zu lösen sind, auf der anderen Seite.

Und es muss die richtigen Ziele verfolgen: Soziale Sicherheit, Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und den Schutz von Grundrechten.

Für dieses Europa kämpft die österreichische Sozialdemokratie! Zur Durchsetzung dieser Ziele brauchen wir möglichst viele sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament! Für diese Richtungsentscheidung zählt Ihre Stimme am 7. Juni 2009!

